

(Präsident)

(A) (Nr. 1189.) Antrag des Abg. Arndt u. Gen. wegen Ergreifung von Hilfsmaßnahmen für die Renten- und Fürsorgeempfänger.

(Nr. 1190.) Desgleichen gegen jede Kürzung der Bezüge der Beamten und Angestellten.

(Nr. 1191.) Desgleichen wegen Zurücknahme der Reichsverordnung vom 4. September 1932.

(Nr. 1192.) Antrag des Abg. Dr. Fritsch u. Gen. auf Amtsenthebung des Lehrers Ritter in Taubenheim a. d. Spree wegen einer in seiner Anwesenheit durch ein Schulmädchen erfolgten Gotteslästerung.

(Nr. 1193.) Antrag des Abg. Renner u. Gen. gegen die Reichsverordnungen vom 4. u. 5. September 1932.

(Nr. 1194.) Desgleichen auf Abhaltung der Gemeindeverordneten- mit der Reichstagswahl am 6. November 1932 (statt am 13. November).

Beschluß zu Nr. 1187 bis 1194: Zur Beratung auf eine Tagesordnung.

(Nr. 1195.) Schreiben der Sozialdemokratischen Landtagsfraktion vom 22. September 1932 wegen Einberufung des Landtags zu einer Zwischentagung.

Beschluß: Einladung des Landtagsvorstandes zur Sitzung am 29. September 1932.

(Nr. 1196.) Schreiben der Kommunistischen Landtagsfraktion vom 20. September 1932 wegen Einberufung des Landtags.

Beschluß: Abschriftlich an den Landtagsvorstand mit der Bitte um Kenntnisaufnahme und Äußerung.

(Nr. 1197.) Antrag des Abg. Dr. Fritsch u. Gen. auf Auflösung des Landtags.

(B) (Nr. 1198.) Antrag des Abg. Renner u. Gen. gegen die Einziehung von Kontroll- und Zahlstellen bei den Arbeitsämtern.

Beschluß zu Nr. 1197 und 1198: Zur Beratung auf eine Tagesordnung.

(Nr. 1199.) Schreiben der Nationalsozialistischen Landtagsfraktion vom 23. September 1932 wegen Aufnahme ihres Landtagsauflösungsantrags als ersten Punkt der Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Beschluß: Antwortschreiben.

(Nr. 1200.) Anfrage des Abg. Arndt u. Gen. über die Störung des Schulunterrichts in Leubsdorf durch Nationalsozialisten.

Beschluß: Ist gedruckt und verteilt; dem Herrn Ministerpräsidenten ist Abschrift zugestellt worden.

(Nr. 1201.) Antrag des Abg. Arndt u. Gen. gegen die Einreihung der dem Arbeiter-Turn- und Sportbund Deutschlands angeschlossenen Vereine unter die politischen Vereine im Sinne der Reichsverordnungen vom 18. u. 29. Juli 1932.

(Nr. 1202.) Antrag des Abg. Renner u. Gen. wegen Ergreifung von Hilfsmaßnahmen für die Renten- und Fürsorgeempfänger.

(Nr. 1203.) Desgleichen wegen Zahlung des vollen Gehaltsjahres für die untere Beamtenerschaft am Monatsersten u. a.

(Nr. 1204.) Antrag der Abgg. D. Hickmann, Voigt u. Gen. wegen Aufnahme evangelischer Morgenfeiern in das Sendeprogramm des Mitteldeutschen Rundfunks (Mirag).

(Nr. 1205.) Antrag des Abg. Dr. Fritsch u. Gen. über die Vermeidung von Härten bei Zwangsmaßnahmen gegen Schuldner.

Beschluß zu Nr. 1201 bis 1205: Zur Beratung auf eine Tagesordnung.

(Nr. 1206.) Anfrage des Abg. Voigt u. Gen. über den Schutz der Bankangestellten bei räuberischen Überfällen.

(Nr. 1207.) Anfrage des Abg. Arndt u. Gen. über die Pläne der Reichsregierung bei der Reichsreform.

Beschluß zu Nr. 1206 und 1207: Sind gedruckt und verteilt; dem Herrn Ministerpräsidenten sind Abschriften zugestellt worden.

(Nr. 1208.) Antrag des Abg. Arndt u. Gen. gegen verfassungswidrige Pläne der Reichsregierung.

Beschluß: Zur Beratung auf eine Tagesordnung.

(Nr. 1209.) Schreiben der Sozialdemokratischen Landtagsfraktion vom 14. Oktober 1932 wegen Aufnahme ihres Antrags als Punkt 2 auf die festgesetzte Tagesordnung vom 18. Oktober 1932.

Beschluß: Zur Vorstandssitzung]

Vor Eintritt in die Tagesordnung bitte ich Herrn Schriftführer Abg. Günther einige Mitteilungen zu verlesen.

Abgeordneter Schriftführer Günther: Zunächst ein Schreiben des Herrn Ministerpräsidenten:

Nr. 527 StKI Dresden, den 23. August 1932.

An den

Herrn Landtagspräsidenten.

(D)

Gemäß § 25 Abs. 2 des Verwaltungskostengesetzes übersende ich anliegend eine Abschrift der 14. Verordnung zur Änderung des Verwaltungskostengesetzes vom 13. April 1932 und einen Druckabzug der 15. Verordnung zur Änderung des Verwaltungskostengesetzes vom 10. August 1932 ergebenst mit der Bitte, die beiden Verordnungen dem Landtage vorzulegen.

Die 13. Änderung des Verwaltungskostengesetzes ist unter IV der Verordnung zur Ergänzung der Sparverordnung vom 11. Dezember 1931 (GBl. S. 253) enthalten.

Der Ministerpräsident.

Schief.

Dann hat Herr Abg. Fischer (Blauen) ein Schreiben an Herrn Präsidenten Beckel eingereicht folgenden Wortlauts:

Blauen, den 4. 9. 1932.

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident!

Hiermit übersende ich Ihnen ein Schreiben, das meinen Austritt aus der NSDAP anzeigt. Ich bitte, dieses auch der Presse zuzuleiten.

Mit vorzüglicher Hochachtung

zeichnet

Ihr erg. E. Fischer, M. d. L.

Diesem Brief ist eine Begründung beigelegt, die folgenden Wortlaut hat:

540*